

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

63. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. April 2007, 12:45 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Thomas Stritzl (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Einwilligung in die Veräußerung eines Grundstücks in Brunsbüttel gemäß § 64 Abs. 2 LHO	5
Antrag der Landesregierung Drucksache 16/1277	
2. CO₂-Einsparung in der Landesverwaltung	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1222	
3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) hier: Rahmenplan für das Jahr 2007	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1283	
4. Sitz des Landesverfassungsgerichts	8
Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1182 (neu)	
5. Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1286	
6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1154	
7. a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen	11
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/970	
b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/999	

8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes	13
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1252	
9. Bundesratsinitiative zur Änderung der Abgabenordnung	14
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/94	
10. Information des Finanzausschusses durch die Landesregierung (Parlamentsinformationsgesetz)	15
Schreiben des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages Umdruck 16/1939	
11. Information/Kennntnisnahme	16
12. Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 12:45 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Einwilligung in die Veräußerung eines Grundstücks in Brunsbüttel
gemäß § 64 Abs. 2 LHO**

Antrag der Landesregierung
Drucksache 16/1277

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes)

Abg. Heinold lehnt den Antrag aus klimapolitischen Gründen ab.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erwidert M Austermann, der Kaufpreis werde fällig, sobald sichergestellt sei, dass die Genehmigung für das Kohlekraftwerk erteilt werde. Das Risiko für die Kosten der Umsetzung sei so gering, dass auch ein verzögerter Kaufpreis noch zu einem wirtschaftlichen Vorteil für das Land führen werde.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes, den Antrag der Landesregierung Drucksache 16/1277 anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

CO₂-Einsparung in der Landesverwaltung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1222

(überwiesen am 21. Februar 2007 an den Umwelt- und Agrarausschuss und den
Finanzausschuss)

hierzu: Umdruck 16/1891

Der Antrag von Abg. Heinold, die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um den als Tischvorlage verteilten Umdruck der Landesregierung 16/1951 durchzuarbeiten, wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der Finanzausschuss der Beschlussempfehlung des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN CO₂-Einsparung in der Landesverwaltung, Drucksache 16/1222, in geänderter Fassung anzunehmen (Umdruck 16/1891).

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)

hier: Rahmenplan für das Jahr 2007

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/1283

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes des Umwelt- und Agrarausschusses und des Finanzausschusses)

Ohne Aussprache nimmt der Finanzausschuss den Bericht der Landesregierung Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, Drucksache 16/1283, zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Sitz des Landesverfassungsgerichts

Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1182 (neu)

(überwiesen am 25. Januar 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/1778 und 16/1934

St Dr. Schmidt-Elsaëber weist den von Abg. Koch aus den Stellungnahmen der Gerichte gewonnen Eindruck zurück, die Gerichte verfügten über freie räumliche und personelle Kapazitäten.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP beschließt der Finanzausschuss, zu dem Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Sitz des Landesverfassungsgerichts, Drucksache 16/1182 (neu), kein Votum abzugeben, weil finanzielle Aspekte bei der Entscheidungsfindung eine untergeordnete Rolle spielen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1286

(überwiesen am 21. März 2007 an Innen- und Rechtsausschuss und Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Heinold bittet den Innenminister um seine Einschätzung, ob die Entlastung der Kreise bei den Schülerbeförderungskosten tatsächlich in der in Anlage 4 angegebenen Höhe von 9 Millionen € eintreten werde.

Abg. Kubicki möchte vom Innenministerium wissen, welche der aufgeführten Maßnahmen sich im Umsetzungsstadium befänden.

Die Behandlung des Berichts der Landesregierung Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs, Drucksache 16/1286, stellt der Finanzausschuss zurück, bis die vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss erbetenen schriftlichen Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände vorliegen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1154

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes)

hierzu: Umdrucke 16/1736, 16/1737, 16/1747, 16/1748, 16/1793, 16/1801,
16/1803, 16/1804, 16/1877, 16/1909, 16/1918, 16/1919

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften, Drucksache 16/1154, empfiehlt der Finanzausschuss im Rahmen des Selbstbefassungsrechts dem Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, den von der FDP-Fraktion eingebrachten Änderungsantrag zur portofreien Briefwahl, Umdruck 16/1737, anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/970

b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/999

(überwiesen am 12. Oktober 2006 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/1340, 16/1439, 16/1489, 16/1920

Die Finanzausschussmitglieder der CDU-Fraktion wünschen sich eine Anhörung zu der Thematik.

Der Vorsitzende verweist auf die dem Finanzausschuss von der Landesregierung zugeleiteten umfangreichen Stellungnahmen der Anhörung der Ministerpräsidentenkonferenz (Umdruck 16/1920), die eine weitere, eigene Anhörung überflüssig machten.

St Dr. Wulff erinnert daran, dass sich der Ministerpräsident gemäß Beschluss des Landtages im Dezember letzten Jahres als einziger Ministerpräsident gegen die zustimmende Kenntnisnahme des Staatsvertragsentwurfs ausgesprochen habe. Jetzt beginne das Verfahren, dass andere Landtage den Staatsvertrag ratifizierten.

Abg. Heinold fragt die Landesregierung, ob es in Sachen Liberalisierung des Vertriebes neue Erkenntnisse zur Haltung des Kartellamtes gebe und der Staatsvertrag von der jetzigen Regelung abweiche.

Abg. Arp bittet um eine Stellungnahme zum Umgang mit den Regionalisierungsmitteln.

Der - von Abg. Spoorendonk unterstützte - Antrag von Abg. Heinold, die beiden Anträge zur Juni-Tagung des Landtages anzumelden, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ge-

gen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt. Der Finanzausschuss fasst ins Auge, sich in seiner Sitzung am 31. Mai 2007 weiter mit den Anträgen zu befassen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1252

(überwiesen am 23. März 2007 an den Finanzausschuss und den Innen- und
Rechtsausschuss)

Auf eine Frage von Abg. Kubicki teilt St Dr. Wulff mit, der Direktor des Landeslabors solle zukünftig nach B 3 besoldet werden. Dessen Position sei vergleichbar mit der Leitung des Landesamtes für soziale Dienste, des Landesvermessungsamtes oder des Landesbesoldungsamtes.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, Drucksache 16/1252, unverändert anzunehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bundratsinitiative zur Änderung der Abgabenordnung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/94

(überwiesen am 26. Mai 2005)

hierzu: Umdrucke 16/68, 16/70

RL Drögemüller berichtet, der Intention von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde mit der Änderung der Abgabenordnung im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes gefolgt. Soweit künftig die Abgeltungssteuer greife, werde der Kontenabruf weder notwendig noch zulässig sein. Zugleich habe die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf Nachbesserungen des Kontenabrufs hinsichtlich Transparenz, Datensicherheit und Dokumentationspflichten eingebracht.

Abg. Heinold stimmt zu, dem Landtag zu empfehlen, ihren Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Information des Finanzausschusses durch die Landesregierung
(Parlamentsinformationsgesetz)**

Schreiben des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages
Umdruck 16/1939

Einstimmig erneuert und präzisiert der Finanzausschuss seinen Informationsanspruch gegenüber der Landesregierung nach Inkrafttreten des Parlamentsinformationsgesetzes mit der Annahme der Beschlussempfehlung in Umdruck 16/1939:

Die Landesregierung wird gebeten, auch weiterhin im Wege des Haushaltsführungserlasses sicherzustellen,

- dass der Finanzausschuss vor dem Abschluss neuer Regierungs- oder Ressortabkommen über die Beteiligung des Landes an internationalen, bundesweiten oder länderübergreifenden Einrichtungen, Programmen und Abkommen, über die der Landtag nicht nach Artikel 22 LV i.V.m. dem Parlamentsinformationsgesetz unterrichtet wird, zu informieren ist;
- dass bei solchen Vereinbarungen darauf zu achten ist, dass keine automatischen Kostensteigerungen vereinbart und angemessene Kündigungszeiten vorgesehen werden;
- dass bei bestehenden Mitfinanzierungen an internationalen, bundesweiten oder länderübergreifenden Einrichtungen, Programmen und Abkommen sich die Landesregierung dafür einzusetzen hat, entsprechende Regelungen zu vereinbaren, damit die Ausgaben des Landes für diese Mitfinanzierungen nicht höher ansteigen als der prozentuale Anstieg des Landeshaushalts insgesamt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/1871 - Baltic Sea International Campus

Umdrucke 16/1873 und 16/1954 - Fortschreibung von Haushaltsdaten

Umdruck 16/1875 - Volkskunde Museum Heesterberg

Umdruck 16/1927 - Abwicklung von Förderprogrammen durch die Investitionsbank

Umdruck 16/1932 - Sparkasse Südholstein

Umdruck 16/1943 - über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2007

vertraulicher Umdruck 16/1933 - Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Zu Umdruck 16/1871 möchte Abg. Kubicki vom Wissenschaftsministerium wissen, wann der Aufbau des **Baltic Sea International Campus** beginne, welche Kosten entstünden, wie viel davon das Land übernehme und ob die ehemaligen Liegenschaften der Fachhochschule Kiel in Eckernförde vollständig genutzt würden.

Zu Umdruck 16/1927 - Abwicklung von **Förderprogrammen** durch die Investitionsbank - fragt Abg. Heinold das Arbeitsministerium, inwieweit es sich um Programme handele, die früher die BSH abgewickelt habe und die BSH tatsächlich aufgelöst sei.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Heinold bittet die Landesregierung, dem Finanzausschuss schriftlich mitzuteilen, welche **Statistiken** zukünftig nicht mehr erstellt werden müssten.

- b) Abg. Heinold bittet das Landwirtschaftsministerium, den Finanzausschuss über die Mittelumschichtung innerhalb des **Einzelplans 13** zu unterrichten.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 13:50 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer